

## **EP-FR-01 C – WAS FRIEDEN SCHÜTZT**

Antragsteller\*in: Bundesvorstand  
Tagesordnungspunkt: EP-FR Was Frieden schützt

### **Antragstext**

1 Der russische Angriffskrieg auf unseren europäischen Nachbarstaat Ukraine hat  
2 gezeigt: Frieden und Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte sind keine  
3 Selbstverständlichkeit. Sie müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und  
4 gestärkt werden. Moskau hat das Friedensprojekt Europäische Union  
5 herausgefordert. Gemeinsam mit unseren ukrainischen Freund\*innen haben wir diese  
6 Herausforderung angenommen – und halten stand.

7 Aber auch über die Ukraine hinaus nehmen die Spannungen weltweit zu. China tritt  
8 immer autoritärer auf und stellt die regelbasierte internationale Ordnung  
9 infrage. Chinas Konkurrenz mit den USA stellt auch unser Leben und Wirtschaften  
10 vor bedeutende Herausforderungen. In Afrika, Asien und Südamerika fordern  
11 Staaten und Gesellschaften derweil zu Recht faire Mitsprache und einen  
12 gleichwertigen Platz an Verhandlungstischen ein.

13 Diese Verschiebungen im globalen Machtgefüge fordern die EU heraus. Gemeinsam  
14 mit den Folgen der Pandemie, mit Inflation, Staatsschulden- und Klimakrise  
15 machen sie einmal mehr deutlich: Wir müssen unsere Kräfte bündeln, um den  
16 Frieden in Europa zu schützen, um Europa in der Welt sicherer zu machen.

17 Gemeinsam sind wir handlungsfähig. Immer wieder hat Europa bewiesen, wie sehr es  
18 in der Lage ist, auch international für Frieden, Sicherheit und  
19 Rechtsstaatlichkeit zu wirken. Es hat bewiesen: Man kann Frieden lernen,  
20 stabilisieren und zum Wohle aller gestalten. Das gibt Hoffnung in schwierigen  
21 Zeiten: Eine EU, die auf der Weltbühne selbstbewusst auftritt und mit einer  
22 Stimme spricht, ist imstande, sich gegen Unfreiheit und Krieg zu behaupten,  
23 unsere Interessen und Werte zu verteidigen, Einflussnahme von außen abzuwehren,  
24 Zukunft und Frieden zu gestalten – und das Leben der Menschen spürbar zu  
25 verbessern. Dieses Europa bietet weltweit Perspektiven für politische und  
26 wirtschaftliche Entwicklung – und damit ein dringend benötigtes Gegenangebot zum  
27 Einfluss insbesondere Chinas und Russlands.

28 Das ist unsere Perspektive, das ist unser politischer Auftrag: die globale  
29 Handlungsfähigkeit der EU zu verteidigen und zu stärken. Als viele noch von

30 „Wandel durch Handel“ träumten, haben GRÜNE davor gewarnt, dass autokratische  
31 Regime wie Russland im Zweifelsfall gegen das Interesse ihrer eigenen  
32 Bürger\*innen handeln, um ihre imperialen Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Wir  
33 treten deshalb für ein souveränes und selbstbewusstes Europa ein, das nicht  
34 abwartet, sondern das Heft des Handelns in die Hand nimmt; ein Europa, das sich  
35 aus seinen Abhängigkeiten löst und global Verantwortung übernimmt. Eine  
36 handlungsfähige EU, die auf eigenen Beinen steht, ist der beste Schutz gegen all  
37 jene Kräfte, die Isolation und Ausgrenzung heraufbeschwören, innerhalb und  
38 außerhalb des europäischen Bündnisses. Die EU kann dabei ihre Interessen vor  
39 allem dann effektiv durchsetzen, wenn sie zugleich ihre Werte in den Mittelpunkt  
40 stellt – der oft behauptete Widerspruch ist keiner.

41 Frieden und Freiheit erwachsen nicht aus Abschottung, sondern aus einem  
42 wertegeleiteten und fairen Umgang mit unseren Partnerinnen und Partnern. Das  
43 wichtigste Forum dafür sind die Vereinten Nationen (UN) und ihre Organisationen,  
44 die wir stärken und gerechter gestalten wollen. Sie sind der beste Weg zu einem  
45 Multilateralismus, in dem die Stärke des Rechts wirkt, nicht das Recht des  
46 Stärkeren.

47 Die EU muss in diesen herausfordernden Zeiten alle Möglichkeiten internationaler  
48 Zusammenarbeit aktiv suchen und alle Kanäle der Kooperation nutzen, um den  
49 Frieden zu wahren, demokratische Kräfte zu stärken und Konflikten vorzubeugen.  
50 Die EU muss aktiv um Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens werben.  
51 Orientiert an den Nachhaltigkeitszielen wollen wir globale Gerechtigkeit  
52 fördern.

53 Oft genug aber sitzen bei Verhandlungen vor allem Frauen nicht mit am Tisch. Das  
54 macht es schwerer, faire und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gesellschaften  
55 sind nachweislich friedlicher und wohlhabender, wenn alle Menschen am  
56 politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Frieden und  
57 Sicherheit sind nachhaltiger, wenn Frauen beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns  
58 aktiv dafür ein, dass gerade auch Frauen in der Außenpolitik umfassend vertreten  
59 sind.

60 Das gilt umso mehr, da sich die existenziellste Herausforderung der Menschheit,  
61 die Klimakrise, nur global bewältigen lässt. Europa und die übrigen  
62 Industriestaaten haben durch ihre jahrzehntelangen Emissionen eine zweifache  
63 Verantwortung: Sie müssen im ganz eigenen Interesse selbst schnell klimaneutral  
64 werden und zugleich ärmere Länder auf ihrem Weg zu klimaneutralem Wohlstand  
65 partnerschaftlich unterstützen. Deswegen stellen wir die Klimadiplomatie ins  
66 Zentrum unseres Plans für eine europäische Außenpolitik und damit die Weichen  
67 für belastbare Partnerschaften – Partnerschaften, die auch dabei helfen werden,  
68 unsere Versorgung mit erneuerbaren Energien und Rohstoffen zu sichern. Dabei  
69 muss die EU auch weltweit gemeinsam mit der Privatwirtschaft einen  
70 entscheidenden Beitrag zu den nötigen Investitionen für eine klimagerechte  
71

Entwicklung leisten.

72 Im äußersten Fall müssen wir im Stande sein, unseren Frieden auch militärisch zu  
73 verteidigen. Dies können wir besser, effizienter und wirkungsvoller tun, wenn  
74 wir unsere Sicherheitspolitik europäisch koordinieren. Dabei bleiben  
75 militärische Maßnahmen für uns Ultima Ratio: Wir wollen einen umfassenden Ansatz  
76 europäischer Außenpolitik, der die menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt  
77 rückt – und auf Vorbeugung und zivile Bearbeitung von Krisen und Konflikten  
78 setzt. Wer dazu beiträgt, Frieden zu erhalten, beugt der Notwendigkeit vor,  
79 Frieden schaffen zu müssen – so schützt Europa. Wir denken Sicherheit von jedem  
80 einzelnen Menschen aus, dessen Würde und Freiheit im Zentrum unserer Politik  
81 stehen. Dieses Verständnis einer vorsorgenden und wertegeleiteten  
82 Sicherheitspolitik ist Teil des europäischen Versprechens.

83 Dessen Gewicht wiederum wird dort am deutlichsten, wo es Einladung ist und  
84 Hoffnung gibt. Das Streben vieler Ukrainer\*innen danach, ihre Freiheit zu  
85 behaupten und Teil der europäischen Familie zu werden, mag von Wladimir Putin  
86 mit brutaler Waffengewalt beantwortet worden sein. Aber es lebt fort und  
87 beweist, welche Strahlkraft das europäische Projekt über die eigenen Grenzen  
88 hinaus entfalten kann. Wir bekennen uns zum Beginn des ukrainischen  
89 Beitrittsprozesses – und verstehen ihn zugleich als Anerkennung der  
90 unermesslichen Leistung, die das Land tagtäglich für unser aller Sicherheit und  
91 die europäischen Werte erbringt.

92 Das Europa, das wir gestalten wollen, tut genau das. Es schützt und verteidigt  
93 die eigenen Werte. Es behauptet sich – und reicht zugleich anderen selbstbewusst  
94 die Hand. An diesem Europa wollen wir arbeiten. Dieses Europa wollen wir sein.

## 95 **1. Eine europäische Außenpolitik**

### 96 **Gemeinsam außenpolitisch handeln**

97 Wir benötigen eine starke und souveräne EU, die als weltpolitische Akteurin  
98 agieren kann. Bislang braucht es in der EU-Außenpolitik jedoch immer noch die  
99 Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten. Wir setzen uns für eine Ausweitung von  
100 Mehrheitsentscheidungen im Rat ein, die dabei die Interessen der großen und der  
101 kleineren Mitgliedstaaten berücksichtigt. Um das zu erreichen, wollen wir die  
102 bestehenden Möglichkeiten innerhalb der europäischen Verträge nutzen und setzen  
103 uns gleichzeitig für Vertragsänderungen ein.

104 Unsere Werte und Interessen brauchen eine gemeinsame Stimme der EU – wir wollen  
105 die bestehende Rolle des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin für die  
106 Außen- und Sicherheitspolitik zu einer europäischen Außenministerin bzw. einem  
107 europäischen Außenminister machen. Auch den Europäischen Auswärtigen Dienst

108 wollen wir stärken. Um eine gemeinsame europäische Außenpolitik umzusetzen,  
109 braucht es einen echten europäischen diplomatischen Dienst. Deshalb wollen wir  
110 die Europäische Diplomatische Akademie fest verankern, um Kompetenzen im Bereich  
111 EU-Außenpolitik unter Diplomaten\*innen aus den Mitgliedstaaten auszubauen.  
112 Konsularische Dienste der Mitgliedsländer wie Visafragen, Rechtshilfe oder  
113 Anträge wollen wir vermehrt in den europäischen Botschaften bündeln.

#### 114 **Das Klima global schützen**

115 Die Klimakrise ist die zentrale globale Herausforderung unserer Zeit. Sie  
116 bedroht die Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt und treibt Millionen  
117 Menschen in die Flucht. Sie verschärft Konflikte um knapper werdende Ressourcen  
118 wie Nahrungsmittel und Wasser.

119 Kein Staat kann die Klimakrise alleine stoppen. Unser Ziel ist eine starke  
120 europäische Klimaaußenpolitik, die im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen  
121 steht. Wir stehen für eine EU, die weltweit Partnerschaften für die Minderung  
122 des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes knüpft, Partnerländer beim klimaneutralen Auf- und Umbau ihrer  
123 Wirtschaftssysteme und Energieversorgung sowie bei der Anpassung an die  
124 unvermeidbaren Folgen der Klimakrise unterstützt. Als eine der größten  
125 Emittentinnen von Treibhausgasen weltweit muss die EU entsprechend der  
126 Vereinbarung im Pariser Klimaschutzabkommen dafür eintreten, dass rasch jährlich  
127 100 Milliarden US-Dollar aus öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz  
128 und Anpassung zielgerichtet und im Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der UN  
129 in Ländern des Globalen Südens eingesetzt werden. Ein Vorbild dafür sind  
130 sogenannte Just Energy Transition Partnerships, die die Bundesregierung  
131 gemeinsam mit weiteren internationalen Partnern bereits mit mehreren Ländern  
132 abgeschlossen hat. Sie machen Angebote für eine umfassende und sozial gerechte  
133 Energiewende. Wir unterstützen außerdem den internationalen Prozess zur  
134 Ausgestaltung eines Loss-and-Damage-Fonds, der die von den Auswirkungen der  
135 Klimakrise geschädigten Gemeinschaften finanziell angemessen unterstützen soll.

136 Unser Ziel ist es, die globale Energiewende zu beschleunigen und den Ausstieg  
137 aus fossilen Energien voranzutreiben. Wir setzen uns deshalb für ein  
138 verbindliches globales Ziel für den Ausbau erneuerbarer Energien und eine  
139 ambitionierte Klimafinanzierung ein. Dafür braucht es zusätzliche Mittel zur  
140 ODA-Quote. Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für  
141 Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) müssen sich noch stärker partnerschaftlich  
142 an der Modernisierung der Wirtschaft unserer Partnerländern beteiligen.

143 Wir wollen den Team-Europe-Ansatz – die engere Zusammenarbeit zwischen  
144 Kommission, Mitgliedstaaten und EU-Finanzinstitutionen – stärken und ausbauen,  
145 um internationale Allianzen zu schmieden. Der im Rahmen der G7 angeregte  
146 Klimaclub kann dabei eine zentrale Rolle einnehmen, um internationale Strukturen  
147 im Rahmen des Pariser Abkommens zu unterstützen und ambitionierte Ziele für

148 Klimaschutz sowie nachhaltiges Wachstum voranzutreiben. Mit der geplanten  
149 Strategie für Klimaaußenpolitik kann die Bundesregierung Deutschland zum  
150 Vorreiter machen. Das möchten wir zum Vorbild für Europa nehmen.

151 Wie die Klimakrise stellt auch der globale Arten- und Biodiversitätsverlust eine  
152 enorme Bedrohung dar. Deshalb wollen wir die Umsetzung des  
153 Biodiversitätsabkommens von Kunming- Montreal in Europa und weltweit fördern.  
154 Wir steigern das europäische Engagement mit den am stärksten von  
155 Biodiversitätsverlust betroffenen Ländern und unterstützen den Schutz von  
156 Flächen unter Wahrung der Rechte indigener Völker. Unser Ziel ist es, die  
157 biologische Vielfalt Europas und der Welt auf den Weg der Erholung zu bringen.

### 158 **Global Gateway zum Erfolg bringen**

159 In vielen Teilen der Welt, vor allem im Globalen Süden, gibt es einen gewaltigen  
160 Investitionsbedarf, um Wachstum, Mobilität und Wohlstand unter der Bedingung der  
161 Klimaneutralität zu erreichen. Auf diesen Bedarf antwortet bislang vor allem das  
162 chinesische Programm einer „neuen Seidenstraße“. Die europäische Global-Gateway-  
163 Strategie wollen wir zu einem geostrategischen Erfolgsprojekt machen, das  
164 Partnerländern eine Alternative zur chinesischen Politik anbietet, die durch  
165 starke finanzielle Abhängigkeiten etabliert wird.

166 Durch gezielte Investitionen in die sozialökologische Modernisierung in unseren  
167 Partnerländern wollen wir damit klimaneutralen Wohlstand schaffen, den Schutz  
168 der Menschenrechte stärken, Lieferketten diversifizieren und die Produktion von  
169 grüner Energie in unserer Nachbarschaft fördern.

170 Global Gateway kann aber nur zum Erfolg werden, wenn die EU das Programm mit  
171 substanziellen Mitteln ausstattet, die in Verbindung mit dem gehebelten privaten  
172 Kapital die nötigen Ressourcen bilden können. Um die Sichtbarkeit und  
173 Verbindlichkeit des Programms weltweit und innerhalb der EU zu verbessern,  
174 wollen wir eine Sondergesandte bzw. einen Sondergesandten dafür einrichten. Die  
175 EU muss für Global Gateway klare strategische Prioritäten setzen und alle  
176 Projekte auf der Basis von gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den  
177 Partnerländern nach Beratung mit der lokalen Zivilgesellschaft erarbeiten.  
178 Maßstab sind für uns hierbei die Menschenrechte, die Agenda 2030 der UN sowie  
179 die Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens. Zudem muss die EU-  
180 Kommission die Kohärenz und eine größere Transparenz bei der Auswahl der  
181 strukturpolitischen Projekte sowie bei ihrer Durchführung und Evaluierung  
182 sicherstellen.

### 183 **Internationale Organisationen stärken**

184 Die UN bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Im  
185

186 Fall des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die internationale  
187 Staatengemeinschaft in der UN-Vollversammlung bewiesen, dass sie sehr wohl  
188 handlungsfähig ist, als eine überragende Mehrheit diesen brutalen Angriffskrieg  
189 mehrfach und deutlich verurteilte. Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten mehr  
190 als die Hälfte aller Beiträge zu multilateralen Organisationen wie dem UN-  
191 System. In den anstehenden Reformdiskussionen wollen wir durch ein koordiniertes  
192 Vorgehen der EU die UN und ihre Organisationen fit für die Zukunft machen. Dazu  
193 gehört eine Reform des Sicherheitsrats, in dem wir eine gerechtere Repräsentanz  
194 der Weltregionen gewährleisten wollen. Langfristig zielen wir darauf ab, das  
Vetorecht abzuschaffen.

195 Bei der Weltbank, die mit der Evolution Roadmap ihren Reformprozess bereits  
196 begonnen hat, muss sich die EU für eine umfassende Erneuerung und  
197 Demokratisierung einsetzen, um angemessen auf die heutigen globalen und  
198 entwicklungspolitischen Herausforderungen reagieren zu können. UN-  
199 Sonderorganisationen wie das Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder die  
200 Gesundheitsorganisation WHO leisten vitale Hilfe, um Menschen in Not zu helfen.  
201 Die EU muss diese Organisationen deshalb weiter unterstützen und stärken.

202 Darüber hinaus setzen wir uns für eine aktive Personalpolitik der EU bei der  
203 Besetzung von Posten in internationalen Organisationen etwa bei der  
204 International Standardization Organisation (ISO) oder Weltbankgruppe ein.

#### 205 **Menschenrechte weltweit verteidigen**

206 Weltweit werden vielerorts Oppositionelle verfolgt, der Handlungsspielraum von  
207 Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien eingeschränkt und Proteste  
208 niedergeschlagen. Wir setzen uns für Demokratie und Menschenrechte ein und  
209 stärken unabhängige Medien, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und  
210 Menschenrechts-Verteidiger\*innen. Wir wollen die Fördermöglichkeiten ausbauen  
211 und die entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen, beispielsweise  
212 Sonderberichterstatte\*innen und den Europäischen Demokratiefonds, finanziell  
213 stabilisieren und zugänglicher machen.

214 Der Zusammenarbeit mit Demokratien weltweit kommt bei der Förderung von Freiheit  
215 und Selbstbestimmung eine besondere Rolle zu. Wir unterstützen entsprechend der  
216 Globalen Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte die Verhängung  
217 von gezielten Sanktionen gegen staatliche wie nicht-staatliche Akteure, die für  
218 schwere Menschenrechtsverletzungen und -verstöße verantwortlich oder an ihnen  
219 beteiligt sind.

220 Menschenrechts-Verteidiger\*innen riskieren viel. Sie bedürfen unseres Schutzes,  
221 unserer Solidarität und unserer aktiven Unterstützung. Die EU-Leitlinien zum  
222 Schutz von Menschenrechts-Verteidiger\*innen wollen wir konsequent umsetzen.  
223 Dabei ist eine geschlechtsspezifische Perspektive wichtig, da Frauen und

224 marginalisierte Gruppen, etwa Verteidiger\*innen indigener Rechte, einem höheren  
225 Gewaltrisiko ausgesetzt sind. Gefährdeten Menschenrechts-Verteidiger\*innen  
226 wollen wir in der EU mit einer schnelleren und vereinfachten Visavergabe Schutz  
227 bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Auslandsvertretungen der EU für  
228 Menschenrechts-Verteidiger\*innen stark machen. Dazu gehört etwa,  
229 Gerichtsverfahren von politischen Gefangenen zu beobachten, internationale  
230 Sichtbarkeit zu schaffen, Soforthilfe bereitzustellen oder regelmäßigen  
231 Austausch/regelmäßige Treffen durchzuführen. Nach Vorbild des kanadischen  
232 Resettlement- Programms setzen wir uns für ein europäisches Schutzprogramm von  
233 Menschenrechts- Verteidiger\*innen ein, das es ihnen ermöglicht, schnell und  
234 unbürokratisch Schutz zu erhalten und ihre Arbeit in sicherer Umgebung  
235 fortführen zu können.

### 236 **Außen- und Entwicklungspolitik feministisch umsetzen**

237 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, nachhaltiger und  
238 wirtschaftlich erfolgreicher. Sie ist fester Bestandteil der universellen  
239 Menschenrechte. Frauen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von  
240 Gewalt, Armut und Krieg, aber auch von den Folgen der Klimakrise betroffen.  
241 Gleichzeitig sitzen oft nur wenige von ihnen mit am Tisch, wenn es darum geht,  
242 Lösungen für diese Krisen zu erarbeiten. Mit der UN- Resolution 1325 ist der  
243 Schutz von Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten sowie ihre Teilhabe bei  
244 Konfliktprävention und -bewältigung bereits international verankert. Wir wollen  
245 weitergehen. Wir setzen uns für eine feministische Außen- und  
246 Entwicklungspolitik ein, die Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen,  
247 Mädchen und marginalisierten Gruppen in allen Bereichen weltweit stärkt.  
248 Menschenrechtsbasiert hat sie die Überwindung aller Formen von Diskriminierung  
249 zum Ziel. Wir wollen sie als ein Leitprinzip der Außenbeziehungen der EU  
250 verankern. Die Leitlinien für die feministische Außenpolitik der Bundesregierung  
251 sind Vorbild für die Debatte auf europäischer Ebene.

252 Wir setzen uns dafür ein, den Frauenanteil in den außenpolitischen Institutionen  
253 der EU deutlich zu erhöhen, und dafür, dass die Perspektiven von Frauen und  
254 Mädchen bei allen internationalen Verhandlungen der EU einbezogen werden. Die  
255 Kapazitäten für Gender und Diversität in der EU-Diplomatie wollen wir stärken.

256 Wir fordern, dass die EU in ihren Außenbeziehungen weltweit zur Vorreiterin im  
257 Kampf gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt wird. Nach dem  
258 Beitritt der EU zur Istanbul- Konvention verlangen wir deren konsequente  
259 Umsetzung durch die EU-Mitgliedsländer. Auch fordern wir die weltweite Umsetzung  
260 der Yogyakarta-Prinzipien gegen die Diskriminierung und für den Schutz der  
261 Menschenrechte von LGBTIQ\*-Personen.

262 Wir wollen, dass die EU ihre Entwicklungspolitik nach den Grundsätzen  
263 feministischer Entwicklungszusammenarbeit partnerorientiert und nachhaltig

264 ausrichtet. Sie muss ihr selbst gesetztes Ziel erreichen, dass bis 2025 85  
265 Prozent der EU-Entwicklungsprogramme auch zur Geschlechtergerechtigkeit  
266 beitragen. Dazu soll die EU mehr Mittel für Projekte zur Förderung von Frauen  
267 bereitstellen, besonders im Bereich der Bildung sowie der sexuellen und  
268 reproduktiven Gesundheit. Zudem müssen intersektionale Perspektiven in den EU-  
269 Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter Eingang finden.

## 270 **2. Eine europäische Sicherheitspolitik**

### 271 **Europa gemeinsam verteidigen**

272 Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns deutlich  
273 vor Augen geführt, dass wir unsere Art zu leben im äußersten Notfall auch  
274 militärisch verteidigen können müssen. Die Zukunft der Bündnisverteidigung und  
275 der kollektiven Reaktionsfähigkeit liegen in der europäischen und  
276 transatlantischen Integration und Interoperabilität unserer Streitkräfte.

277 Je enger wir in der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik  
278 zusammenarbeiten, desto besser, kosteneffektiver und wirksamer können wir die  
279 europäische Verteidigungsfähigkeit sicherstellen, gerade auch als Teil des  
280 transatlantischen Bündnisses (NATO). Der strategische Kompass der EU und die  
281 Einbettung in das strategische Konzept der NATO sind dafür maßgebend.

282 Wir wollen daher weiter an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion mit  
283 einer starken parlamentarischen Kontrolle arbeiten. Die verstärkte  
284 Zusammenarbeit der Streitkräfte, zum Beispiel innerhalb von permanenten EU-  
285 Einheiten, wollen wir ausbauen. Dabei sind gemeinsame Rahmenstandards und  
286 Arbeitsbedingungen für Soldat\*innen notwendig. Wir wollen die gemeinsame EU-  
287 Kommandostruktur und europäische Militärkooperationsinitiativen vertiefen, zum  
288 Beispiel bei der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO).

289 Zivile und militärische Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und  
290 Verteidigungspolitik (GSVP) und deren Planungsstäbe stärken wir finanziell und  
291 personell. Diese Missionen müssen immer in ein politisches Gesamtkonzept  
292 eingebettet sein, einer kontinuierlichen Risikoanalyse unterliegen und sich am  
293 Leitbild der menschlichen Sicherheit orientieren. Gemeinsame EU-Auslandseinsätze  
294 sollten stärker vom Europäischen Parlament begleitet, kontrolliert und evaluiert  
295 werden. Wir verstetigen die Unterstützung der Ukraine im Rahmen der Europäischen  
296 Friedensfazilität (EPF) und stärken deren Einheit für Risikoanalyse und  
297 Rüstungskontrolle. Die Strukturen der EPF sollten so angepasst werden, dass die  
298 Verfügbarkeit der Mittel und die Planbarkeit der Ausgaben verbessert werden.

299 Im Verteidigungssektor führt die unkoordinierte Beschaffung der EU-  
300 Mitgliedstaaten zu Überlappungen und damit zur Verschwendung von Steuergeldern



301 in großem Maßstab. Unser Ziel ist eine gemeinsame europäische Entwicklung und  
302 Beschaffung von Rüstungsgütern. Dafür bedarf es finanzieller Anreize und  
303 Vertrauen, aber auch des politischen Willens, die industriepolitischen  
304 Interessen der Mitgliedstaaten zugunsten von mehr gemeinsamer Sicherheit  
305 zurückzustellen. Die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) hat das bisher nicht  
306 im ausreichenden Maß bewerkstelligt. Wir teilen die Zielsetzung von bestehenden  
307 Finanzinstrumenten wie dem European Defense Fund (EDF) oder der gemeinsamen  
308 Beschaffung (EDIRPA). Allerdings sind diese Instrumente unzureichend, rechtlich  
309 fragil und die parlamentarische Kontrolle stark eingeschränkt.

310 Deswegen wollen wir mittelfristig ein rechtssicheres außerbudgetäres  
311 Finanzinstrument schaffen, das die bestehenden Einzelprogramme ersetzt und den  
312 gesamten militärischen Fähigkeitszyklus abdeckt – von Forschung über Beschaffung  
313 bis hin zu Instandhaltung und Training. Die Ausgaben dieses Topfes müssen unter  
314 strenger und abgestimmter Kontrolle des Europäischen Parlaments und der  
315 nationalen Parlamente stehen.

316 Für einen gemeinsamen europäischen Rüstungsmarkt muss die EU-Kommission  
317 Standardisierung, Zertifizierung und Normierung betreiben, um die gemeinsame  
318 Einsatzfähigkeit von Waffensystemen sicherzustellen. Bei allen diesen Schritten  
319 muss die Komplementarität mit Kommandostrukturen und Fähigkeiten der NATO  
320 gesichert bleiben.

### 321 **Rüstungsexporte europäisch regulieren**

322 Die gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Nutzung von europäischen  
323 Waffensystemen schafft mehr Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Damit senkt sie  
324 auch den Druck, die Waffensysteme an Drittstaaten zu exportieren, und ist somit  
325 auch ein Beitrag für eine gemeinsame wertebasierte Sicherheitspolitik. Für diese  
326 EU-Gemeinschaftsprojekte braucht es einheitliche und restriktive europäische  
327 Ausfuhrregeln. Wir wollen hierfür auf der Grundlage des gemeinsamen Standpunkts  
328 der EU eine Rüstungsexportkontrollverordnung beschließen, die Transparenz und  
329 Klarheit schafft sowie auf europäischen Werten und einer gemeinsamen  
330 Einschätzung der Sicherheitslage beruht. Es muss klare Entscheidungsmechanismen  
331 und vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einklagbare Sanktionsmöglichkeiten  
332 geben. Vorangehende Risikoanalysen sowie verbindliche und physische  
333 Endverbleibskontrollen müssen dabei vorgeschrieben werden. Europäische Waffen  
334 dürfen nicht weiter in die Hände von Regimen gelangen, die Menschenrechte  
335 systematisch verletzen oder diese für Verbrechen der Aggression nutzen. Wir  
336 setzen uns für ein Exportverbot für Überwachungstechnologien an repressive  
337 Regime und für ein weitgehendes Exportverbot für Kleinwaffen an Drittstaaten  
338 ein.

339 Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Gerade  
340 in unsicheren Zeiten wollen wir die Rüstungskontrolle stärken und

341 Abrüstungsinitiativen fördern. Die EU muss sich für eine Stärkung des Vertrags  
342 zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) einsetzen und ihre Mitgliedstaaten zum  
343 schrittweisen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag sowie zum Bekenntnis zu  
344 Vision Global Zero ermutigen. Das Ziel unserer Bemühungen bleibt eine  
345 atomwaffenfreie Welt. Die völkerrechtlichen Bemühungen um eine Regulierung von  
346 autonomen Waffensystemen unterstützen wir. Es darf keinen Einsatz von  
347 Waffensystemen geben, bei denen eine Maschine die letzte Entscheidung über Leben  
348 und Tod trifft.

### 349 **Konflikten vorbeugen**

350 Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die  
351 Konflikte frühzeitig erkennt und ihnen begegnet. Wir wollen daher die EU-Mittel  
352 für friedensfördernde zivile Akteure umfassend aufstocken. Dabei muss die EU  
353 lokale zivilgesellschaftliche Konzepte und Akteure in der Friedensförderung  
354 stärker unterstützen und Förderrichtlinien in diesem Zusammenhang  
355 flexibilisieren. Die Fähigkeiten zur Friedenssicherung der UN und der  
356 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von  
357 Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir stärken.

358 Wir wollen zivile Missionen der GSVP als Instrument der EU-Außenpolitik durch  
359 mehr finanzielle Ressourcen und Personal stärken, um zum Beispiel die Polizei  
360 oder das Justizwesen in fragilen Staaten zu unterstützen. Mit rechtsstaatlichen  
361 und bürgernahen Institutionen können sie Vertrauen aufbauen und Konflikten  
362 vorbeugen. Eine Neuausrichtung der zivilen GSVP-Missionen auf  
363 Migrationsmanagement lehnen wir ab.

364 Durch eine Politik der Prävention leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur  
365 Fluchtursachenbekämpfung. Gefestigte lokale Strukturen und funktionierende  
366 staatliche Institutionen mindern die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die  
367 menschliches Leid erzeugen und Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen.

368 Die europäischen und internationalen Organisationen im Bereich der humanitären  
369 Hilfe wollen wir stärken. Dazu zählen insbesondere eine bessere finanzielle  
370 Ausstattung sowie effizientere Strukturen und Vergaberichtlinien der  
371 europäischen Organisation für humanitäre Hilfe ECHO. Auch die nationalen  
372 europäischen Hilfen wollen wir besser koordinieren. Schließlich wollen wir die  
373 europäischen Organisationen in der Nothilfe verpflichten, stärker auf  
374 geschlechterspezifische Bedürfnisse und die Bedürfnisse von marginalisierten  
375 Gruppen zu achten.

## 376 **3. Globale Gerechtigkeit**

### 377 **Verlässliche Partnerin sein**

378 Im Mittelpunkt unseres entwicklungspolitischen Engagements stehen für uns die  
379 Menschen, die wir bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen vor Ort  
380 unterstützen wollen. Damit stehen wir für eine andere Zusammenarbeit mit  
381 Entwicklungs- und Schwellenländern als Autokratien. Chinas  
382 Entwicklungsinitiativen haben oft zum Ziel, einseitige Abhängigkeiten zu  
383 schaffen. Russland hat in seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die  
384 Ukraine gezeigt, dass es bereit ist, Hunger als Waffe einzusetzen. Wir wollen,  
385 dass die EU aktiv den Wettbewerb um die Partnerschaft mit dem Globalen Süden  
386 aufnimmt und den begonnenen Weg eines koordinierten Vorgehens mit den  
387 Mitgliedstaaten beim Aufbau von fairen Partnerschaften intensiviert. Dafür  
388 stehen wir auf europäischer Ebene ein. Dies muss auch dem Erbe unserer  
389 kolonialen Vergangenheit gerecht werden.

390 Wir wollen lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, um den Aufbau von  
391 Wirtschaftskreisläufen und sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen. Dafür  
392 wollen wir die bestehenden Instrumente der europäischen  
393 Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit unseren Partnern weiterentwickeln.  
394 Dafür muss die EU lokale und zivilgesellschaftliche Akteure in Hochschulen, NGOs  
395 oder Start-ups stärken und Förderrichtlinien flexibilisieren. Auch die  
396 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gehört dazu. Wir setzen uns dafür ein,  
397 dass zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus  
398 Ländern des Globalen Südens nach dem Vorbild des kanadischen Equality Fund  
399 direkt durch die EU gefördert werden.

400 Angesichts der globalen Herausforderungen bedarf es substanzieller Mittel für  
401 die Entwicklungszusammenarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass alle EU-  
402 Mitgliedstaaten das gegebene Versprechen einlösen, 0,7 Prozent des  
403 Bruttonationaleinkommens für Entwicklungsfinanzierung (ODA-Quote) auszugeben. Es  
404 kommt aber nicht nur auf die Quantität der Unterstützung an, sondern auch  
405 darauf, Projekte partnerorientiert, schnell und unbürokratisch umzusetzen. Die  
406 Entwicklungsgelder müssen vor allem den bedürftigsten Ländern zukommen und zur  
407 Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele sowie des Pariser Klimaabkommens  
408 beitragen. In Kooperation mit den Partnerstaaten wollen wir auch die soziale  
409 Absicherung der Menschen stärken. Wir unterstützen den Aufbau sozialer  
410 Sicherungssysteme als nachhaltiges Instrument gegen Armut.

411 Noch allzu häufig arbeiten EU-Kommission und Mitgliedstaaten im  
412 entwicklungspolitischen Bereich nebeneinanderher. Wir unterstützen deswegen den  
413 Team-Europe-Ansatz, der in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft eine bessere  
414 sektorübergreifende Koordinierung, Kohärenz, Sichtbarkeit und Effektivität  
415 anstrebt. Um Kohärenz und Transparenz zu erhöhen, setzen wir uns für  
416 sektorübergreifende Evaluierungen und einen Transparenzmechanismus für  
417 öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in der EU ein. Das Europäische Parlament  
418 wollen wir in entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse besser einbeziehen.

419 **Ernährung global sichern**

420 Die multiplen Krisen unserer Zeit, allen voran die Klimakrise, bedeuten  
421 existenzielle Herausforderungen für die Ernährungssicherheit weltweit. Die EU  
422 muss sich für ein nachhaltiges und resilientes globales Ernährungssystem  
423 einsetzen und damit zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung beitragen.

424 Eine resiliente und produktive ökologische Landwirtschaft mit starken regionalen  
425 Märkten ist das beste Mittel, um die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen  
426 politische Krisen und die Folgen des Klimawandels zu machen. Projekte der  
427 europäischen Entwicklungszusammenarbeit sollen verstärkt wirtschaftlich  
428 tragfähige und ökologisch nachhaltige Anbausysteme mit möglichst geschlossenen  
429 Nährstoffkreisläufen fördern. Europäische Agrarsubventionen, patentiertes  
430 Saatgut und Landraub dürfen nicht länger kleinbäuerliche Strukturen und Märkte  
431 in Ländern des Globalen Südens unterminieren und einseitige, teure  
432 Abhängigkeiten schaffen. Viele traditionelle Anbaumethoden geraten immer mehr  
433 unter Druck. Wir wollen den Auf- und Ausbau lokaler Saatgutbanken fördern, damit  
434 traditionelles Wissen und die biologische Vielfalt erhalten und zugänglich  
435 bleiben. Wir wollen uns im Rahmen der EU für striktere Mechanismen zur  
436 Verhinderung von exzessiven Nahrungsmittelspekulationen, vor allem in  
437 Notsituationen, einsetzen. Exporte von chemisch-synthetischem Dünger und  
438 Pestiziden, die in der EU verboten sind, wollen wir beenden.

439 Die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern  
440 muss dabei im Rahmen von umfassenden Strategien zur Stärkung von  
441 Ernährungssystemen umgesetzt werden, inklusive Zugang zu Technologien,  
442 Infrastrukturen, Märkten und Finanzmitteln.

443 **Globale Verantwortung annehmen**

444 Noch immer belastet das Erbe der Kolonialzeit die Beziehungen zwischen Europa  
445 und ehemaligen Kolonien. Es zeigt sich etwa in der ungleichen globalen  
446 Vermögensverteilung, in wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen oder  
447 fehlender Repräsentanz. Die Mitgliedstaaten der EU müssen sich ihrer  
448 historischen Verantwortung stellen, die sich aus den Verbrechen der  
449 Kolonialgeschichte ergibt, und Machtungleichgewichte in den Blick nehmen. Dafür  
450 braucht es eine antirassistische Perspektive. Wir wollen benachteiligende  
451 Klauseln in Handelsabkommen korrigieren und Reformen bei den Entwicklungsbanken  
452 vorantreiben. In internationalen Natur- und Umweltschutzabkommen wollen wir die  
453 Menschen- und Landrechte indigener und lokaler Gemeinschaften besser achten. Die  
454 europäische Entwicklungszusammenarbeit wollen wir in Kooperation mit  
455 Partnerländern und Zivilgesellschaft im Sinne einer kritischen Reflexion von  
456 Machtverhältnissen kontinuierlich evaluieren und weiterentwickeln. Viele  
457 Entwicklungs- und Schwellenländer befinden sich in einer Schuldenkrise, die ihre  
458 Handlungsmöglichkeiten für sozialökologische Modernisierungsprozesse massiv

459 einschränkt. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich für solide  
460 Schuldenrestrukturierungen und Schuldenerlasse für besonders belastete Länder  
461 einsetzen. Dazu muss auch ein bei den UN angesiedeltes, transparentes und  
462 unabhängiges Schuldenrestrukturierungsverfahren für Staaten unter Einbezug von  
463 privaten Gläubiger\*innen gehören. Wir wollen verhindern, dass europäische  
464 Rechtsräume zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung missbraucht werden, was  
465 die finanziellen Handlungsspielräume von Ländern des Globalen Südens weiter  
466 einschränkt.

## 467 **4. Fairer Handel**

### 468 **Mit Handel Wohlstand schaffen**

469 Handel fördert den Austausch zwischen Menschen und Gesellschaften und kann  
470 Wohlstand mehren. Das hat die EU selbst gezeigt, deren Binnenmarkt sie bis heute  
471 als eine wesentliche Säule trägt. Besonders in Deutschland hängt unser Wohlstand  
472 aufgrund der starken Exportorientierung unserer Wirtschaft von einem gut  
473 funktionierenden globalen Handel ab. Es ist daher eine politische Aufgabe der  
474 EU, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss so zu nutzen, dass sie durch  
475 Handelspolitik Wertschöpfung fördert und zusätzlich weltweit Standards für  
476 soziale Gerechtigkeit, Klima- und Naturschutz sowie Menschenrechte beeinflusst.  
477 Auf diese Weise schützen wir auch unsere eigenen Standards vor einem  
478 Unterbietungswettbewerb und wirken damit im Sinne unserer Werte und Interessen.

479 Die Krisen der letzten Jahre, Pandemie, Extremwetter und Krieg, haben gezeigt,  
480 dass wir Risiken bei Lieferketten und dem Zugang zu Rohstoffen reduzieren  
481 müssen. Eine vorausschauende, offene Handelspolitik, die zuverlässige  
482 Partnerschaften knüpft, liefert dazu einen wichtigen Beitrag. Dazu müssen wir  
483 europäische Unternehmen dabei unterstützen, ihre Investitionstätigkeiten und  
484 Wertschöpfungsketten breiter zu streuen.

### 485 **Handelsinstrumente neu ausrichten**

486 Globaler Handel braucht globale Regeln. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist  
487 der bestmögliche Rahmen, um diese Regeln zu formulieren, zu überprüfen und  
488 eventuelle Streitigkeiten auszutragen. Wir wollen die WTO grundlegend  
489 reformieren, damit sie dieser Rolle wieder gerecht werden kann. Dabei müssen  
490 auch gute Arbeitsstandards, Klima- und Umweltschutz, Zugang zu  
491 Gesundheitsprodukten und grünen Technologien sowie eine faire Entwicklung in das  
492 Zentrum der globalen Handelspolitik gestellt werden.

493 Doch die WTO ist aufgrund der angespannten geopolitischen Lage aktuell kaum noch  
494 handlungsfähig und die Bereitschaft zu einer Reform global gesehen gering. Wir  
495 setzen daher verstärkt auf regionale Handelsabkommen auf Augenhöhe mit Partnern

496 wie Australien, Indien, den Ländern Lateinamerikas oder der südostasiatischen  
497 Staatengemeinschaft ASEAN, die sich ebenfalls zu einem regelbasierten Welthandel  
498 bekennen.

499 Wir setzen uns dafür ein, dass Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte in alle  
500 zukünftigen internationalen Handelsabkommen aufgenommen und einklagbar werden.  
501 Im Falle eklatanter Missachtung der Menschenrechte oder bei Verstößen gegen das  
502 Pariser Klimaabkommen, sollte die EU konsequent von diesen Klauseln Gebrauch  
503 machen oder das Abkommen aussetzen. Das kürzlich abgeschlossene  
504 Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland ist ein Vorbild für  
505 einklagbare Nachhaltigkeitsstandards.

506 Wir wollen das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des  
507 geistigen Eigentums (TRIPS) neu ausrichten. Damit werden wir den Transfer von  
508 klimafreundlichen Technologien und wichtigen Gesundheitstechnologien aus dem  
509 Globalen Norden in den Süden unterstützen, um die Entwicklung der dortigen  
510 Wirtschaft zu fördern und weltweite Emissionen zu senken.

511 Die Digitalisierung kann global gerechten Handel wesentlich vereinfachen, etwa  
512 indem sie die Überwachung der Lieferketten automatisiert. In den Handelsabkommen  
513 der EU und in ihren Handelsinstrumenten müssen der digitale Handel von Gütern  
514 und Dienstleistungen, geistige Eigentumsrechte, Datenschutz und Netzneutralität  
515 stets mitgedacht werden. Dies erfordert eine Überarbeitung der europäischen  
516 Handelsinstrumente in den Bereichen Datenbestimmungen, Datenlokalisierung,  
517 Forschung und Entwicklung, nationale Steuersysteme und digitaler Binnenmarkt.

518 Zudem wollen wir die demokratische Kontrolle von Handelsabkommen verbessern. Vor  
519 Beginn der Verhandlungen sollte das Europäische Parlament das Verhandlungsmandat  
520 gemeinsam mit dem Rat der EU bestimmen.

521 Wenn EU-Industrien durch unfaire Handelspraktiken geschädigt werden, müssen  
522 handelspolitische Schutzinstrumente der EU eine wirksame Antwort bieten, um den  
523 fairen Wettbewerb zu schützen. Umgekehrt wollen wir gerade weniger  
524 industrialisierten Staaten einen offenen Dialog anbieten und ihnen in  
525 Handelsabkommen eine faire Chance zu einer Industriepolitik mit dem Ziel eigener  
526 Wertschöpfung einräumen. In diesem Bereich haben wir durch eine stetige  
527 Erweiterung unseres handelspolitischen Werkzeugkastens schon vieles erreicht.  
528 Zum Beispiel durch das Instrument gegen Zwangsmaßnahmen (Anti-Coercion-  
529 Instrument), mit dem sich die EU gegen einseitige Zwangsmaßnahmen von  
530 Handelspartnern wehren kann.

### 531 **Im Einklang mit dem Klima handeln**

532 Wir wollen unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen und zu einer starken  
533

534 Kreislaufwirtschaft weiterentwickeln. Dazu gehört, mit unseren Handelspartnern  
535 gemeinsam Standards zu entwickeln, damit globale Märkte für grüne Produkte wie  
klimaneutralen Stahl entstehen können.

536 Die Einführung des Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) ist ein wichtiger Schritt,  
537 um eine faire CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Welthandel einzuführen und das EU-  
538 Emissionshandelssystem zu ergänzen und abzusichern. Dadurch werden Importe von  
539 bestimmten Produkten wie etwa Stahl oder Zement aus Ländern ohne Emissionshandel  
540 teurer, wenn diese in klimaschädlichen Verfahren hergestellt werden. Der CBAM  
541 unterstützt damit auch die Modernisierung unserer Industrie, indem er  
542 beispielsweise die Produzenten von grünem Stahl vor außereuropäischer Konkurrenz  
543 durch fossil hergestellten Stahl schützt und einen fairen Wettbewerb  
544 sicherstellt.

545 Es ist wichtig, dass wir Investitionen in fossile Brennstoffe und andere  
546 klimaschädliche Aktivitäten beenden und stattdessen Anreize für nachhaltige  
547 Investitionen setzen. Dies erfordert eine grundlegende Änderung des Modells für  
548 bilaterale EU-Investitionsverträge. Der Ausstieg aus dem klimaschädlichsten  
549 Investitionsschutzvertrag der Welt – dem Energiechartavertrag – von Deutschland  
550 und anderen EU-Ländern ist ein großer Erfolg. Wir kämpfen jetzt folgerichtig für  
551 einen Austritt der gesamten EU aus dem Energiechartavertrag.

552 Das Gesetz zu entwaldungsfreien Lieferketten ist ein wichtiger Baustein bei dem  
553 Ziel, die gravierenden Abholzungsraten weltweit zu bekämpfen.

#### 554 **Auf faire Partnerschaften setzen**

555 Als globale Wirtschaftsakteurin muss die EU bei einer zukunftsorientierten  
556 Handelspolitik Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum rücken. Die  
557 Gesetze zur Regulierung der europäischen Lieferketten sind ein wichtiger Hebel,  
558 um diese Ziele zu erreichen. Damit übernimmt die EU Verantwortung dafür,  
559 weltweit effektiv Sozial- und Umweltdumping zurückzudrängen.

560 Die Ratifizierung und Umsetzung der Kernarbeitsnormen der Internationalen  
561 Arbeitsorganisation (ILO) sollte als Mindestanforderung für jedes  
562 Handelsabkommen angesehen werden. Handelsabkommen müssen auch die Anliegen von  
563 indigenen Völkern und Gemeinschaften vor Ort berücksichtigen und ihre Rechte  
564 schützen.

565 Es gibt derzeit mehr als 25 Millionen Zwangsarbeiter\*innen auf der Welt.  
566 Produkte aus dieser heutigen Art der Sklaverei haben auf dem EU-Binnenmarkt  
567 nichts verloren. Das EU-Importverbot für Produkte aus Zwangsarbeit, welches  
568 gerade verhandelt wird, muss daher konsequent umgesetzt werden.

569 Die Wirtschaftsbeziehungen mit Entwicklungs- und Schwellenländern müssen wir  
570 fair gestalten. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den Staaten  
571 Afrikas, der Karibik und des Südpazifiks wollen wir im Sinne eines fairen und  
572 entwicklungsorientierten Handels überprüfen. Dazu gehört es, die besonderen  
573 Vorteile der Least Developed Countries, die es diesen Ländern erlauben, Waren  
574 zollfrei in die EU einzuführen, auch als Teil von EPAs zu garantieren und den  
575 Staaten des Globalen Südens eine aktive Industriepolitik zu ermöglichen.

## 576 **5. Mehr EU in Europa**

### 577 **Erweiterungsperspektiven**

578 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem ureigenen  
579 Interesse. Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unseren  
580 Wohlstand. Deswegen ist es unsere Verantwortung, die Kandidatenländer aktiv zu  
581 unterstützen. Klare Kriterien für den Beitritt wollen wir in einem fairen  
582 Beitrittsprozess mit verbindlichen Angeboten der Zusammenarbeit verknüpfen.  
583 Damit eine erweiterte EU handlungsfähig bleibt, muss sie ihre Strukturen  
584 reformieren: Erweiterung und Reformen müssen Hand in Hand gehen.

585 Alle Kandidatenstaaten müssen die Kopenhagener Kriterien, die Beitrittskriterien  
586 der EU, ohne Abstriche erfüllen und das gemeinsame Recht der EU, den *acquis*  
587 *communautaire*, vollumfänglich übernehmen.

588 Indem wir die EU-Erweiterung schrittweise voranbringen, dynamisieren wir den  
589 langwierigen und oft schwerfälligen Beitrittsprozess und sichern die  
590 Glaubwürdigkeit des europäischen Projekts. Es muss deutlich sichtbarere werden:  
591 Allein das Reformtempo in den Beitrittsländern bestimmt das Beitrittstempo.  
592 Deswegen wollen wir den Beitrittsprozess mit sichtbaren Zwischenschritten  
593 gestalten und diese mit positiven Anreizen anerkennen, zum Beispiel dem Zugang  
594 zu Roaming, Erasmus+ oder Teilen des Binnenmarkts. Ein Stillstand der  
595 Verhandlungen über einen längeren Zeitraum oder gar Rückschritte sollten im  
596 Umkehrschluss zu einem Wegfall der Vorteile führen. Ein Fokus im  
597 Beitrittsprozess muss auf dem Kampf gegen Korruption und Organisierte  
598 Kriminalität liegen. Dazu wollen wir die Mandate der EU- Antikorruptionsbehörde  
599 OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft auf die Beitrittskandidaten und die  
600 von ihnen eingesetzten EU-Mittel ausweiten.

601 Zentral ist für uns auch die Stärkung der Zivilgesellschaften in den  
602 Beitrittsstaaten, ihre Vernetzung untereinander und mit den Mitgliedstaaten der  
603 EU. Auf dem Weg in die EU ist uns eine enge Zusammenarbeit mit allen  
604 demokratischen Kräften der Beitrittsländer auch jenseits der Regierungen  
605 wichtig. Regierungsvertreter\*innen der Beitrittsländer sollen an ausgewählten  
606 Sitzungen des Rats der EU teilnehmen können.



607 **Westbalkanstaaten**

608 Die Zukunft der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina,  
609 Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien liegt in der EU.

610 Das Versprechen eines EU-Beitritts ist weiterhin ein wichtiger Motor für den  
611 sensiblen Friedens- und Aussöhnungsprozess in den Ländern des Westbalkans.  
612 Dieses Beitrittsversprechen darf die EU nicht aufs Spiel setzen. Der Beginn der  
613 Beitrittsgespräche mit Albanien und Nordmazedonien, der Kandidatenstatus für  
614 Bosnien und Herzegowina sowie die Visaliberalisierung für Kosovo sind wichtige  
615 Fortschritte auf dem Weg in die EU.

616 Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen angesichts von Korruption,  
617 Organisierter Kriminalität, schwacher rechtsstaatlicher Strukturen und teils  
618 unzureichender Aufarbeitung der Kriegsverbrechen groß. Bei deren Bewältigung  
619 wollen wir die Staaten im Beitrittsprozess intensiv unterstützen. Die  
620 Zivilgesellschaften der Region wollen wir noch besser fördern, besonders auch  
621 die grenzüberschreitende Jugendarbeit in der Region stärken und eine inklusive  
622 Erinnerungskultur unterstützen. Im Rahmen der Grünen Agenda für den Westbalkan  
623 wollen wir die Region beim Ausbau guter Arbeitsplätze, erneuerbarer Energien und  
624 nachhaltiger Investitionen schnell und effektiv unterstützen.

625 **Ukraine**

626 Die Ukraine steht in der Mitte der europäischen Familie. Ihr Platz ist in der  
627 EU. Millionen Ukrainer\*innen stellen sich täglich dem völkerrechtswidrigen  
628 russischen Angriffskrieg mutig entgegen: Sie wehren sich gegen den brutalen  
629 Versuch Russlands, ihr Land zu unterwerfen und ihre Kultur auszulöschen, das  
630 Völkerrecht und die europäische Friedensordnung zu zerstören.

631 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen,  
632 finanziellen und auch militärischen Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt.  
633 Wir werden die Ukraine weiterhin entschlossen unterstützen, damit sie ihre  
634 Souveränität und volle territoriale Integrität wiedererlangen und verteidigen  
635 kann. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine, ihrer Menschen und ihres Rechts  
636 auf Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverteidigung und unterstützen den  
637 Wunsch zu einem nachhaltigen Frieden und zu robusten, zuverlässigen  
638 Sicherheitsgarantien.

639 Auch auf dem Weg in die EU werden wir die Ukraine umfassend unterstützen. Beide  
640 Seiten profitieren von einem geordneten und zügigen Beitrittsprozess. Wir setzen  
641 dabei auf Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Korruptionsbekämpfung  
642 und eine aktive Rolle der Zivilgesellschaft und der regionalen und kommunalen  
643 Ebene.

644 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Wiederaufbau  
645 der Ukraine finanziell, technisch und mit Investitionen engagiert unterstützen.  
646 Dazu bedarf es auch großer finanzieller Anstrengungen und erheblich  
647 beschleunigter Verfahren, um schnelle Ergebnisse zu erzielen und das Land gegen  
648 die russischen Angriffe zu stärken.

649 Wir setzen auf vielfältige internationale Ermittlungs- und Justizorgane, die  
650 russische Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen  
651 einschließlich des Verbrechens des Aggressionskriegs aufklären und bestrafen.  
652 Ein internationaler Mechanismus soll über die Wiedergutmachung der Sach- und  
653 Personenschäden durch Russland an die Ukraine entscheiden und so eine  
654 Rechtsgrundlage zur Heranziehung Russlands zur Finanzierung des Wiederaufbaus  
655 der Ukraine schaffen.

656 Die Wirtschaft der Ukraine ist durch den Krieg massiv geschwächt. Wir möchten,  
657 dass die EU die Wirtschaft der Ukraine durch Makrofinanzhilfen weiter  
658 stabilisiert und diese als Zeichen der Solidarität und als Beitrag zur  
659 europäischen Sicherheit fortsetzt. Dazu gehört auch, den Ausbau alternativer  
660 Exportwege für ukrainische Agrarprodukte jenseits des Schwarzen Meeres  
661 (solidarity lanes) weiter voranzutreiben. Das hilft der Ukraine wirtschaftlich  
662 und trägt zur globalen Ernährungssicherung bei.

### 663 **Georgien und Moldau**

664 Die Zukunft Moldaus und Georgiens liegt in der EU. Beide Länder sind seit Langem  
665 Ziel von militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen Russlands.  
666 Diese sind seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine  
667 intensiviert worden. Wir stehen entschlossen zur Souveränität und territorialen  
668 Integrität der beiden Länder. Wir werden Moldau und Georgien auf ihrem Weg in  
669 die EU tatkräftig unterstützen, gleichzeitig aber auch die dafür nötigen  
670 Reformen einfordern. Insbesondere Moldau hat als EU-Beitrittskandidat seit 2020  
671 einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen, den wir konsequent  
672 unterstützen.

### 673 **Europäische Nachbarschaft**

674 Die europäische Familie ist größer als die EU. Wir möchten eine EU, die  
675 konstruktiv mit ihren europäischen Nachbarn zusammenarbeitet.

676 Die Zusammenarbeit der EU mit dem Europarat bei der Förderung und Verteidigung  
677 von Demokratie und Menschenrechten auf dem europäischen Kontinent möchten wir  
678 intensivieren.

679 Wir begrüßen die Europäische Politische Gemeinschaft als eine Plattform zur

680 engeren Zusammenarbeit mit europäischen Staaten, unabhängig davon, ob diese eine  
681 EU-Mitgliedschaft anstreben oder nicht. Insbesondere im Bereich Energie ist  
682 diese Zusammenarbeit im ausgeprägten europäischen Interesse.

683 Wir möchten, dass die EU und das Vereinigte Königreich weiter konstruktiv daran  
684 arbeiten, ihre Beziehungen nach dem Brexit wieder zu intensivieren. Eine enge  
685 wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit von EU und Vereinigtem  
686 Königreich ist im beiderseitigen Interesse. Wir begrüßen, dass das Vereinigte  
687 Königreich wieder in das EU-Forschungsprogramm Horizont Europa einsteigt.  
688 Gleichzeitig erwarten wir, dass die britische Regierung praktische Hürden beim  
689 Austausch und der Zusammenarbeit mit der EU, zum Beispiel bei den Studierenden-  
690 Visa, möglichst rasch abbaut.

691 Die OSZE wollen wir angesichts der Herausforderungen durch den russischen  
692 Angriffskrieg gegen die Ukraine als wichtiges Forum für Dialog und  
693 Krisenprävention bewahren. Sie kann in der Gestaltung der Nachkriegsordnung in  
694 Osteuropa eine zentrale Rolle spielen.

## 695 **Türkei**

696 Die Türkei und die EU – und dabei ganz besonders Deutschland – verbindet eine  
697 langjährige Freundschaft und Partnerschaft, die sich in engen  
698 gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen niederschlägt.  
699 Wir glauben, dass eine demokratische Türkei, in der die Rechte aller ihrer  
700 Bürger\*innen geachtet werden, einen festen Platz in der europäischen Familie  
701 hat.

702 Derzeit sieht die politische Realität leider anders aus: Die türkische Regierung  
703 hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter von Rechtsstaatlichkeit und  
704 Menschenrechten entfernt. Mit einer aggressiven Außen- und Regionalpolitik  
705 richtet sich Ankara zum Teil offensiv gegen europäische Interessen. Die  
706 anfängliche Blockade des schwedischen NATO-Beitritts oder die  
707 völkerrechtswidrige Militäroffensive in Nordsyrien zeigen zugleich, was für eine  
708 schwierige Partnerin die Türkei für Europa und die NATO in der aktuellen  
709 Sicherheitslage ist. Gleichzeitig hat sie sich als Vermittlerin im Krieg gegen  
710 die Ukraine und darüber hinaus engagiert.

711 Die Türkei bleibt trotz dieser ambivalenten Rolle eine strategische Partnerin  
712 für die NATO, für Europa und für Deutschland. Diesem Dilemma stellt sich eine  
713 aktive GRÜNE Außenpolitik. Für uns kann es eine Wiederaufnahme der Gespräche  
714 über einen EU-Beitritt erst dann wieder geben, wenn die Türkei glaubhaft den Weg  
715 zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einschlägt.

716 Wir unterstützen die Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sie notwendig und  
717

718 möglich ist, etwa zur Sicherheit im Schwarzen Meer oder bei der Bekämpfung des  
719 Klimawandels. Der autoritären Politik und nationalistischen Rhetorik aber, die  
720 sich offen gegen die EU, gegen die Sicherheit von türkischen Oppositionellen in  
721 der EU, gegen Kurd\*innen und andere Minderheiten oder gegen Menschenrechts-  
722 Verteidiger\*innen im eigenen Land wenden, treten wir entschieden entgegen. Die  
723 türkische Regierung muss die unzähligen politischen Gefangenen aus der Haft  
724 entlassen und den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte  
Folge leisten.

725 Wir stehen weiterhin fest an der Seite der vielen Türk\*innen, die sich für  
726 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit engagieren. Wir möchten, dass die EU die  
727 türkische Zivilgesellschaft, die sich für einen demokratischen Wandel einsetzt,  
728 besonders unterstützt.

## 729 **6. Ein starkes Europa in der Welt**

### 730 **Die östliche Nachbarschaft der EU**

731 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Zäsur für die EU und unseren  
732 Kontinent. Die EU ist aufgefordert, neue Antworten auf ihre Nachbarschaft zu  
733 einem feindseligen Russland zu finden. Für unsere osteuropäischen Partner der EU  
734 braucht es zielgerichtete Politiken einer neuen EU-Politik für Osteuropa und  
735 Zentralasien, die besonders die veränderten Sicherheitsinteressen unserer  
736 Partner in den Blick nehmen. Gleichzeitig müssen wir die demokratischen  
737 Reformkräfte und Zivilgesellschaften in den durch russische Einmischung  
738 bedrohten europäischen Nachbarstaaten Russlands besonders unterstützen.

739 Wir stehen fest an der Seite der mutigen Menschen, die sich in Belarus seit den  
740 Protesten rund um die gefälschten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020  
741 unermüdlich für Demokratie und Menschenrechte in ihrem Land einsetzen. Wir  
742 werden uns weiterhin solidarisch und mit Nachdruck für die Unterstützung der  
743 belarusischen Zivilgesellschaft und Opposition, die Freilassung aller  
744 politischen Gefangenen, die Sanktionierung des belarusischen Regimes und für  
745 freie und faire Wahlen im Land einsetzen.

746 Diktator Lukaschenka und sein Regime haben sich in Belarus und durch die  
747 Unterstützung des russischen Angriffskriegs in der Ukraine schwerer  
748 Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Dafür müssen  
749 sie zur Rechenschaft gezogen werden. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass  
750 die EU die Sammlung und Sicherung von Beweismaterial unterstützt.

751 Die EU kann und sollte sich stärker in allen Ländern des Südkaukasus engagieren  
752 und bestehende Demokratiebewegungen und die Zivilgesellschaft aktiv  
753 unterstützen. Armeniens Weg für mehr politische Teilhabe und persönliche

754 Freiheiten wurde durch russischen Druck und den Krieg um Bergkarabach massiv  
755 erschwert. Wir begrüßen daher die EU-Beobachtungsmission in Bergkarabach als  
756 wichtigen Schritt, den fortwährenden Konflikt zwischen Aserbaidschan und  
757 Armenien zu befrieden. Die EU kann hier als stabilisierender Mittler agieren und  
758 dadurch zugleich die demokratischen Reformkräfte Armeniens stärken.

759 Putin und sein Machtregime haben Russland in eine totalitäre Diktatur gewandelt.  
760 Sicherheit in Europa kann es aktuell nur vor Russland geben – und nicht mit  
761 Russland. Gewalt, Lüge, Korruption und Willkür prägen die politische Realität.  
762 Die Zivilgesellschaft wurde mundtot gemacht, die Opposition befindet sich  
763 entweder im Exil oder in politischer Gefangenschaft. Wir werden uns weiterhin  
764 für die Freilassung aller politischen Häftlinge einsetzen. Wir sehen uns als  
765 Freunde und Partner derer, die ein freies, friedliches und demokratisches  
766 Russland wünschen. Wir verstehen uns als harte Widersacher all jener, die das  
767 verbrecherische Regime um Putin stützen. Wir unterstützen daher die europäische  
768 Sanktionspolitik gegen das Regime und seine Vertreter\*innen. Wirtschafts- und  
769 handelspolitische Normalität kann es mit diesem Russland nicht geben.

770 Wir begrüßen den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den  
771 russischen Präsidenten. Er hat sich schlimmster Menschenrechtsverbrechen  
772 schuldig gemacht und muss dafür mit voller Härte des Rechts zur Rechenschaft  
773 gezogen werden.

#### 774 **Transatlantische Beziehungen**

775 Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer\*innen zugleich eine so  
776 tiefe gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA.  
777 Die USA haben nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs  
778 maßgeblich zur politischen Einigung auf dem europäischen Kontinent und zur  
779 Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.

780 Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für  
781 unsere europäische Gegenwart und Zukunft. Seit dem russischen Angriffskrieg auf  
782 die Ukraine haben die USA mehr als jedes andere Land dazu beigetragen, die  
783 Friedensordnung in Europa zu verteidigen und die politische Einheit der  
784 europäisch-atlantischen Allianz zu sichern. Die derzeitige US-Administration ist  
785 ein strategischer Partner: für unsere Sicherheit, für die klimagerechte  
786 Erneuerung unseres Wohlstands und für die Selbstbehauptung der liberalen  
787 Demokratie.

788 Gemeinsam sind wir stärker in der systemischen Auseinandersetzung mit China,  
789 Russland und anderen autoritären und totalitären Regimen. Gemeinsam können wir  
790 globale Wertepartnerschaften und multilaterale Foren und Vereinbarungen sichern  
791 und ausbauen. Gemeinsam können wir die globale Handelsordnung gestalten und den  
792 klimaneutralen Umbau unserer Industrien voranbringen. Und gemeinsam können wir

793 Zukunftstechnologien entwickeln und sie zugleich zum Wohle der Menschen und  
794 ihrer Freiheit aktiv gestalten.

795 Eine starke transatlantische Beziehung benötigt handlungsfähige und  
796 handlungsbereite Partner auf beiden Seiten des Atlantiks. Deshalb braucht es  
797 mehr europäische Anstrengungen, um eigene sicherheits-, verteidigungs- und  
798 wirtschaftspolitische Kapazitäten zu entwickeln. Antiliberale Tendenzen auf  
799 beiden Seiten des Atlantiks gefährden das Wertefundament, auf dem die  
800 transatlantische Partnerschaft basiert. Ihnen gilt es entschieden  
801 entgegenzutreten.

802 Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA  
803 gleichzeitig intensivieren und diversifizieren müssen. Diversifizierung heißt  
804 zum einen, die transatlantischen Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu  
805 stellen – durch den Ausbau von Partnerschaften mit Bundesstaaten, Städten,  
806 Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Und Diversifizierung heißt zum  
807 anderen, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren – durch eine Stärkung der  
808 eigenständigen Handlungsfähigkeit der EU.

809 Der gemeinsame Handels- und Technologierat (TTC) der EU und der USA ist ein  
810 geeignetes Forum, um gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen zu  
811 entwickeln. Einer Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA stehen  
812 wir offen gegenüber, wenn die soziale und ökologische Standardsetzung dabei dem  
813 Prinzip des „Race to the Top“ folgt.

## 814 **China**

815 Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer  
816 Rivale. Durch Chinas zunehmend aggressives Auftreten auf der globalen Bühne  
817 tritt die Partnerschaft jedoch zunehmend in den Hintergrund. Wir sind besorgt  
818 über die politische Entwicklung in China. Sie trägt zu einer weiteren  
819 Verschärfung der Differenzen zwischen Europa und China bei. Im Innern handelt  
820 die chinesische Führung repressiver und autoritärer; nach außen verfolgt sie  
821 inzwischen offen hegemoniale Ambitionen und versucht aggressiv, den eigenen  
822 globalen Einfluss zu erweitern. Dazu gehört eine enge Partnerschaft mit  
823 Russland. Deswegen setzen wir uns für eine engere Koordination der  
824 Mitgliedstaaten und der EU als Institution sowie für einen strukturierten  
825 Informationsaustausch und eine engere transatlantische Koordinierung des  
826 Verhältnisses zu China ein.

827 Die EU muss ihre einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China, zum  
828 Beispiel bei Rohstoffen und Medikamenten, deutlich schneller reduzieren und die  
829 europäische Wirtschaft dabei unterstützen, langfristig wettbewerbsfähig zu  
830 bleiben. Ohne eine ambitionierte, eigenständige Industrie- und  
831 Investitionspolitik kann dies nicht gelingen. Dabei ist es zentral, dass die EU

832 einen eigenständigen Kurs gegenüber China formuliert. Stimmen, die einer  
833 kompletten Entkopplung von China das Wort reden, erteilen wir dagegen eine  
834 Absage.

835 China ist der größte Handelspartner der EU, aber nur unser drittgrößter  
836 Exportmarkt. Das Handelsdefizit wächst: Importe aus China nehmen zu, die Exporte  
837 nach China ab. Noch gibt es in China Abhängigkeiten von Technologien aus Europa,  
838 zudem ist der europäische Markt für chinesische Konzerne attraktiv. Die EU kann  
839 hier den bestehenden Handlungsspielraum besser und selbstbewusster nutzen, vor  
840 allem im Bereich der Transparenzpflichten chinesischer Konzerne bei Arbeits-,  
841 Sozial-, Umwelt-, aber auch Sicherheitsstandards. Der Schutz Kritischer  
842 Infrastruktur vor dem Zugriff chinesischer Investitionen muss nachhaltig und in  
843 der gesamten EU gewährleistet werden.

844 Wir unterstützen die Einführung und den Einsatz des Anti-Coercion-Instruments  
845 der EU sowie einen koordinierten Ansatz bei Exportrestriktionen im Bereich  
846 sensibler Technologien. Mit gemeinsamen Instrumenten kann sich die EU besser  
847 gegen wirtschaftliche Erpressungsversuche verteidigen und eine abschreckende  
848 Wirkung erzielen.

849 Die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen Uigur\*innen in  
850 der Provinz Xinjiang, aber auch gegen Tibeter\*innen, religiöse Minderheiten und  
851 Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft durch die chinesische Regierung müssen  
852 beendet werden. Der Schutz der Menschenrechte ist Grundlage europäischer  
853 Politik. Produkte aus Zwangsarbeit in China dürfen keinen Zugang zum  
854 europäischen Markt bekommen.

855 Wir halten an der Ein-China-Politik der EU fest. Gleichzeitig erkennen wir an,  
856 dass das Eskalationsrisiko in der Taiwan-Straße durch die Erhöhung des  
857 militärischen Drucks der Volksrepublik China deutlich zugenommen hat. Wir  
858 betrachten Taiwan als demokratischen Wertepartner und setzen uns dafür ein, den  
859 wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Austausch zu intensivieren.

860 Bei zentralen globalen Herausforderungen wie der Schuldenkrise der  
861 Entwicklungsländer, der Finanzierung von wirtschaftlicher Modernisierung sowie  
862 bei Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen werden wir, wo immer dies möglich ist,  
863 mit China zusammenarbeiten. Dies gilt auch für den globalen Gesundheitsschutz,  
864 den Schutz der Biodiversität oder den Schutz der Weltmeere. In diesen und  
865 weiteren Bereichen bleiben wir auf Basis der universellen Erklärung der  
866 Menschenrechte und der Kernprinzipien der multilateralen Ordnung offen für  
867 Kooperation.

868 **Naher Osten und Nordafrika**

869 Der Nahe Osten und Nordafrika ist eine Region im Umbruch und ein wichtiger  
870 Nachbar für die EU. Die Hoffnung der Revolutionsbewegungen in der Region blieb  
871 weitestgehend unerfüllt, und in den vergangenen Jahren haben sich wieder  
872 autoritäre Akteure in der Region verfestigt. Wir wollen aber trotz der  
873 schwierigen Lage eine enge Zusammenarbeit anstreben, die die wirtschaftliche  
874 Entwicklung zugunsten der Menschen unterstützen soll. Ihr Wunsch nach einem  
875 Leben in Würde und Sicherheit und mehr politischer Teilhabe soll im Zentrum der  
876 europäischen Nahostpolitik stehen.

877 Große Potenziale liegen beim Ausbau der erneuerbaren Energien. In der  
878 Zusammenarbeit von kleinen und mittleren Unternehmen sehen wir dabei eine  
879 besondere Chance, um Strukturen jenseits der oft staatsdominierten  
880 Großunternehmen in der Region zu stärken.

881 In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft muss die EU verlässliche  
882 Partnerin sein für all diejenigen, die frauen- und menschenrechtliche  
883 Perspektiven schaffen und Freiheit und Selbstbestimmung voranbringen wollen.  
884 Durch die Geschichte von Kolonialismus und jahrzehntelanger Unterstützung  
885 autoritärer Regierungen trägt Europa hier eine besondere Verantwortung.

886 Wir wollen eine Migrationspolitik gestalten, die uns nicht von autoritären  
887 Regimen in der Region erpressbar macht. Eine einseitige Fokussierung auf  
888 Flüchtlingsabwehr im Verhältnis zu den südlichen Mittelmeeranrainern stützt  
889 autoritäre und dysfunktionale Regime, die selbst Fluchtgründe schaffen.

890 Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen  
891 Volkes mit gleichen Rechten für all seine Bürger\*innen sind unverhandelbar. Für  
892 Frieden und Sicherheit braucht es eine Zweistaatenregelung mit der Schaffung  
893 eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina.

894 Im Iran stehen wir an der Seite der Protestbewegung, die sich für feministische  
895 Prinzipien und einen freiheitlichen und demokratischen Staat einsetzt. Wir  
896 treten dafür ein, dass die EU die Sanktionen gegen die Verantwortlichen des  
897 Regimes aufrechterhält und erweitert. Die iranische Revolutionsgarde muss  
898 rechtssicher als Terrororganisation gelistet werden. Zudem muss die EU die  
899 demokratische Opposition im Iran und in der Diaspora unterstützen und politisch  
900 verfolgte Iraner\*innen schnell aufnehmen. Das Islamische Zentrum Hamburg als  
901 Koordinationspunkt der Überwachung der Diaspora in Deutschland muss endlich  
902 geschlossen werden. Der Iran muss sich an internationale nukleare Nicht-  
903 Verbreitungsabkommen halten.

904 Der Rüstungsspirale in der Region wollen wir mit einer gemeinsam und geschlossen  
905 auftretenden EU entgegenwirken. Wir begrüßen diplomatische Bemühungen um  
906 Deeskalation in der Region. Normalisierung von Beziehungen darf nicht zu  
907 Straflosigkeit führen, zum Beispiel angesichts der Menschheitsverbrechen des



908 Assad-Regimes in Syrien.

909 Durch das jahrelange Engagement und den anschließenden schnellen Abzug  
910 westlicher Truppen tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber  
911 Afghanistan. Wir verurteilen vor allem die Verdrängung von Frauen aus fast allen  
912 Bereichen des öffentlichen Lebens und erkennen die Taliban nicht als Regierung  
913 Afghanistans an. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU angesichts der  
914 dramatischen Lage im Land weiterhin humanitäre Hilfe leistet und dabei explizit  
915 Frauen einbindet. Ortskräfte und Menschenrechts-Verteidiger\*innen sind aufgrund  
916 ihrer Arbeit – etwa für die Bundeswehr und internationale Organisationen – oder  
917 ihres Einsatzes für Menschenrechte in Gefahr. Wir stehen daher für den  
918 konsequenten Schutz und die Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechts-  
919 Verteidiger\*innen.

## 920 **Afrika**

921 Die afrikanischen Staaten und Europa sind geografisch wie historisch eng  
922 verbunden. Wir wollen die vielfältigen Länder und Gesellschaften auf dem  
923 afrikanischen Kontinent in ihren Bemühungen unterstützen, nachhaltige  
924 wirtschaftliche Entwicklung und gute Jobs vor Ort zu schaffen. Wir sehen eine  
925 wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen Kontinent in Politik,  
926 Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide Seiten.  
927 Dabei begreifen wir die Stärkung der Demokratie als wichtige Aufgabe.

928 Ein gutes Beispiel sind die europäischen Klima- und Wasserstoffpartnerschaften,  
929 die dazu beitragen können, die Industrie auf beiden Kontinenten klimaneutral  
930 voranzubringen. Wir wollen sie daher ausbauen. Dabei ist für uns klar, dass die  
931 erzeugte Energie und damit verbundene Wertschöpfungsketten immer zuerst den  
932 produzierenden Ländern vor Ort und ihrer Nachbarschaft zur Verfügung stehen  
933 müssen.

934 Dabei ist die geplante Zusammenarbeit im Rahmen der Global-Gateway-Initiative  
935 ein Schritt in Richtung weiterer wirtschaftlicher Entwicklung beider Kontinente  
936 und trägt als attraktives europäisches Angebot für die großen  
937 Investitionsbedarfe zur Verringerung der Abhängigkeit von China und Russland  
938 bei. Wir wollen die regionale Integration in den afrikanischen  
939 Wirtschaftsgemeinschaften und der Afrikanischen Union inklusive der entstehenden  
940 panafrikanischen Freihandelszone unterstützen.

941 Gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit sind unverzichtbare Grundlage für  
942 gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Dort, wo die staatlichen  
943 Strukturen geschwächt sind, wollen wir durch eine Unterstützung der  
944 Zivilgesellschaft und demokratischer politischer Akteure zu einem Wiederaufbau  
945 beitragen. Eine besondere Rolle kommt dabei Frauen und marginalisierten Gruppen  
946 zu.

947 Europas Verflechtung mit Afrika ist bis heute von einem Machtungleichgewicht  
948 gekennzeichnet. Zudem leidet der afrikanische Kontinent bereits heute besonders  
949 stark unter den Folgen der Klimakrise, die in bedeutendem Maß durch europäische  
950 Emissionen verursacht wurde. Im Bewusstsein auch unseres kolonialen Erbes wollen  
951 wir Beziehungen gestalten, die von Respekt und Gleichberechtigung getragen  
952 werden.

### 953 **Indopazifik**

954 Das ökonomische Gravitationszentrum hat sich in den indopazifischen Raum  
955 verschoben. Hier findet ein Großteil des globalen Wachstums, der Innovation und  
956 Entwicklung statt.

957 Wir wollen die enge Kooperation mit Europas zentralen Partnern wie Japan,  
958 Südkorea, Australien und Neuseeland ausbauen und den Austausch mit den ASEAN-  
959 Staaten intensivieren. Dabei wollen wir unseren Fokus auch auf mehr  
960 Zusammenarbeit bei Klimaschutz und wirtschaftliche Modernisierung legen und  
961 gleichzeitig die Zivilgesellschaft und die Menschenrechte stärken. Auch die  
962 tiefe Kooperation mit Japan als engster Partner im indopazifischen Raum sowie  
963 einziges Mitglied der G7 in der Region wollen wir weiter ausbauen. Ein Beispiel  
964 hierfür ist die Digitale Partnerschaft, welche die EU im Mai 2022 mit Japan als  
965 erstes Partnerland überhaupt geschlossen hat.

966 In der Pazifikregion liegen viele Staaten, die durch die Klimakrise in ihrer  
967 Existenz bedroht sind, obwohl sie selbst wenig den globalen Emissionen  
968 beigetragen haben. Wir wollen sie im Umgang mit den Folgen der Erderwärmung und  
969 des steigenden Meeresspiegels konkret und finanziell unterstützen. Wir wollen  
970 den Klimaschutz stärker in Handelsbeziehungen mit den Staaten der gesamten  
971 Region verankern und die Produktion von grüner Energie in der Region, zum  
972 Beispiel durch die Global-Gateway-Initiative der EU, gemeinsam voranbringen.

973 Wir streben eine Vertiefung und Erweiterung der Beziehungen der EU mit Indien  
974 an. Wir begrüßen den Start des EU-India Trade and Technology Council im Jahr  
975 2023 ebenso wie die 2021 begonnene Konnektivitätspartnerschaft. Wir erkennen  
976 Indiens neue Bedeutung für die Bereitstellung globaler digitaler Güter an und  
977 wollen eine verstärkte Zusammenarbeit bei digitalen Zahlungssystemen ausloten.  
978 Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muss sich an klaren Sozial-, Minderheits- und  
979 Klimaschutzstandards orientieren. Mit zunehmender Sorge betrachten wir in dieser  
980 Hinsicht die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen. Wir unterstützen die  
981 indische Zivilgesellschaft und setzen uns für eine friedliche Lösung  
982 territorialer Konflikte in Grenzregionen ein.

### 983 **Lateinamerika**

984 Die Länder Lateinamerikas sind nicht nur wichtige Wirtschafts-, sondern viele  
985 auch unsere Wertepartner. Die zahlreichen Demokratien dort sind für Europa  
986 natürliche Partner bei der Stärkung des Multilateralismus. Foren wie das  
987 wiederbelebte Gipfeltreffen zwischen der EU und der Gemeinschaft der  
988 Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) ermöglichen eine intensive  
989 Kooperation und Partnerschaft mit den Ländern des Kontinents.

990 Allerdings ist die liberale Demokratie in einigen Staaten nach wie vor unter  
991 Druck, wie beispielsweise der Sturm auf Regierungsgebäude Anfang 2023 in  
992 Brasilien gezeigt hat. Ereignisse wie diese verdeutlichen, dass die Demokratie  
993 gegen autokratische Tendenzen und Gruppierungen verteidigt werden muss. Hierfür  
994 ist eine starke Zivilgesellschaft essenziell. Wir wollen Aktivist\*innen für  
995 Menschenrechte, Umweltschutz und für die Rechte von LGBTIQ\*, Frauen und  
996 Indigenen schützen und ihre Arbeit aktiv unterstützen. Auch eine effektive  
997 Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität ist wichtig.

998 Über 55 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwald befinden sich in  
999 Lateinamerika. Die Region ist zentral zum Schutz unseres Weltklimas. Deswegen  
1000 wollen wir eine Intensivierung von Klima- und Rohstoffpartnerschaften sowie eine  
1001 Ausweitung der Kooperation für nachhaltige Landwirtschaft und für effektiven  
1002 Naturschutz. Der Schutz der Rechte der indigenen Bevölkerung muss dabei bei  
1003 allen Vorhaben mitgedacht und priorisiert werden.

1004 Europa braucht enge Handelsbeziehungen mit Lateinamerika, nicht zuletzt auch, um  
1005 seine Lieferketten mit Blick auf China zu diversifizieren. Die Global-Gateway-  
1006 Initiative der EU kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Diese Partnerschaften  
1007 können nur dann erfolgreich sein, wenn beide Seiten davon profitieren und ein  
1008 substanzieller Teil der Wertschöpfung in Lateinamerika verbleibt. Wir werden das  
1009 Mercosur-Abkommen nur ratifizieren, wenn von Seiten der Partnerländer  
1010 umsetzbare, überprüfbare und rechtliche verbindliche, einklagbare  
1011 Verpflichtungen im Bereich des Umwelt-, Sozial-, und Klimaschutzes vereinbart  
1012 werden. Gleichzeitig kann es für uns das Mercosur-Abkommen nur gemeinsam mit  
1013 einer gleichwertigen Zusatzvereinbarung zum Schutz und Erhalt des Regenwaldes  
1014 geben. Dadurch stellen wir sicher, dass unsere Partnerschaft mit Lateinamerika  
1015 intensiviert und gleichzeitig Menschenrechte garantiert und das Weltklima  
1016 geschützt werden.